

Zur Kriegslage

Um die Linie Montdidier - Compiègne - Villers-Cotterets. Zwischenkämpfe vor dem vierten Stos. „Viribus Unitis“.

Die allgemeine Kriegslage wird noch von den Nachkämpfen um die Linie Montdidier - Compiègne - Villers-Cotterets beherrscht, die aus der großen deutschen Offensivaktion im Raum Laon hervorgegangen sind und sich als Teiloperation darstellen. Wie zu vermuten war, sind die Deutschen diesmal auf einen gut vorbereiteten Feind gestoßen, der am ersten Tag vier Kilometer und bis heute etwa zwölf Kilometer Gelände zwischen Royon und Compiègne preisgeben mußte, aber schon am zweiten Kampftag zu Gegenangriffen schritt und dadurch die Durchbrechung der Front verhinderte. Die Kämpfe im Raum Compiègne bestehen daher nicht in einer Ueberflutung der Abwehrstellungen, die Schlag auf Schlag zusammenbrechen und durch eine neue, weit zurückverlegte Front ersetzt werden, sondern in lebenden, durch die Verletzung von Angriff und Gegenangriff für beide Teile recht häufig verlaufenden Gefechten, und stehen die Fronten von Tag zu Tag bald rückwärts, bald vorwärts neu ab. Heute kämpft man zwischen Duse und Alore um den Mahabshnitt, der von den Deutschen zwar allmählich überwunden wurde, von den Franzosen aber im Gegenangriff zurückerobert werden soll. Der deutsche rechte Flügel beginnt sich offenbar bei Belloy und St. Manr die rechte Flanke der südlich des Unterlaufs der Marz kämpfenden Hauptkräfte zu sichern, und es ist den Franzosen nicht gelungen, ihn über die Straße Mery-Neffons zurückzuwerfen, wohl aber zu binden und von der Aronde fern zu halten. Auch diese Kämpfe werden von beiden Seiten aktiv geführt. Der deutsche linke Flügel ist im Vordringen auf Melkocq und sucht zwischen Marz und Aronde die letzte Wald- und Höhenkette einzureißen, hinter der sich Compiègne verbirgt. Er ist hier auf sehr hartnäckigen Widerstand gestoßen und hat im Waldgelände offenbar zahlreiche Widerstandswälle unpassierbar und abschneiden müssen, um sich so 12 Kilometer von Lassigny nach Süden Bahn zu brechen. Wie vorausgesehen war, hat dieser Vormarsch die Franzosen gezwungen, die flankierte Stellung auf dem Ostufer der Duse zu räumen und von Carlepont auf Tracy und den Wald von La Figne zurückzugehen.

Auch bei Villers Cotterets verflechten sich Angriff und Gegenangriff im Waldgelände zu beiden Seiten des Durcq, ohne daß ein Ergebnis vorweggenommen werden könnte. Fochs Gegenwehr ist lebhafter und bewußter als vor dem 9. Juni, da er jetzt eher weiß, woran er ist, und er bebient sich der innern Linie mit Geschick. Trotzdem sind die Deutschen bei Villers Cotterets mit dem Nordflügel bis Laveraine, zwölf Kilometer südwestlich Soissons, gelangt und bedrohen Villers Cotterets in gleicher Entfernung aus der Nordflanke, während ihr Südflügel zwischen Durcq und Marne französisch-amerikanischen Gegenangriffen Widerstand leistet. Die Entwicklung wird durch diese kombinierten Operationen nicht so schlagartig wirkend bestimmt, wie durch die deutschen Hauptstöße, deren vierter zu erwarten bleibt, wenn Foch nicht fähig ist, die aktive Defensive zur Offensive auszugestalten.

Die italienische Front liegt immer noch im Zwischenakt gebunden. Die österreichische Marine hat unversehens eine sehr schwere Einbuße erlitten. Ein äußerst kühn und geschickt geführter Angriff italienischer Torpedoboote hat sie um das neueste Kampfschiff der Klasse „Viribus Unitis“ gebracht. Es bleibt dahingestellt, ob der Nachtmarsch, auf dem das österreichische Geschwader überrascht wurde, auf planmäßige Verteidigung der Adriaküste oder auf gewisse in Wien laut gewordene Kritiken an der Tätigkeit der Flotte zurückzuführen ist, und wie dieser symptomatische Vorgang auf die Landfront zurückwirkt, die sich doch über kurz oder lang aus ihrer Starre lösen muß.

Luzern, 14. Juni.

H. St.

Ein zweites Kabinett

London, 14. d. (Havas.) Der „Daily Telegraph“ erfährt, daß beschlossen wurde, ein zweites Kabinett oder ein heimisches Kabinett zu schaffen, um das Kriegskabinett zu entlasten, das sich dann nur mit den inneren Angelegenheiten befassen soll. Das Kriegskabinett würde so zum kaiserlichen Kabinett und es ist möglich, daß Sir George Cave zum Verteidigungsminister zwischen den beiden Kabinetten ernannt wird.

Stimmrecht der Frauen

Washington, 14. d. (Havas.) Präsident Wilson drückte die Hoffnung aus, daß der Senat das Aufhebungsgesetz über das Stimmrecht der Frauen annehmen werde.

Teuerung und Nationalbank

III. Eine gefährliche Theorie

Wir stellen unseren Lesern im Artikel II eine neue Art der Inflationstheorie vor. Diese spielte darin, daß die gegenwärtige Weltteuerung das Ergebnis der Ueberflutung der Volkswirtschaften mit solchen Wertpapieren sei, die eines realen Gegenstandes auf der Warensite entbehren. Der Verfasser unterläßt es nicht, sich noch deutlicher auszupressen. Wir wollen ihm selbst das Wort geben: „Die Notenzirkulation macht nun natürlich die ganze Entwicklung mit als ein wenn auch relativ kleiner Bestandteil der gesamten vorhandenen Nominalwerte. Eine selbständige Rolle spielt sie dabei nicht. Für die große Inflation aller rechnerischen Vermögens- und Einkommenswerte kommt es nicht darauf an, in welchem Verhältnis alle die Formen, wie Aktien, Obligationen, Anteilsscheine, Wechsel, Banknoten, Girogelder, Gold zueinander stehen. Die heutigen Einrichtungen des Wirtschaftslebens erlauben ja, fast alle Werte mit Leichtigkeit in die gewünschte Form zu bringen, und es hat für die Preisbildung wenig zu sagen, welche Form gerade vorherrscht.“

Es ist uns nicht bekannt, ob die Nationalbankleitung, welche die Veröffentlichung dieser Theorie gestattete, und die „N. Z. Z.“, in der sie erschien, sich über die Tragweite der zitierten Sätze genügend Rechenschaft ablegten. Sollte eine derartige Auffassung Schule machen oder schon in weiteren Kreisen vorherrschend sein, derart, daß sie Einfluß auf unsere Anleihe- und Notenpolitik gewinnen könnte, so müßten wir mit aller Entschiedenheit die äußerste Gefahrlichkeit derselben braun machen. Glücklicherweise glauben wir zu wissen, daß diese verhängnisvolle Theorie von den verantwortlichen Organen der Nationalbank nicht lehren wird. Auch die Handelslehre der „N. Z. Z.“ scheint sich nicht zu dieser allerneuesten Erkenntnis zu bekennen, wagt sie doch selbst, wie wir gesehen haben, vor einer Verquickung der Finanz- mit der Notenpolitik. Allein die Tatsache bleibt bestehen, daß die Nationalbankleitung die Veröffentlichung in dieser Form nicht verhinderte, und daß die „N. Z. Z.“ die Abhandlung aus gegenüber als vorbildlich hinstellt und es nicht für nötig erachtete, ihren etwaigen Bedenken in einem angehängten Kommentar Ausdruck zu verleihen.

Auf den ersten Blick erscheint es zwar sehr harmlos, wenn auch auffallend, daß es jemanden auf der Nationalbank gibt, der den abgrundtiefen Unterschied zwischen Geld und Aktien (oder Wertpapieren überhaupt) nicht kennt. Es gehört doch zu den elementarsten praktischen, geschweige denn volkswirtschaftlich-wissenschaftlichen Kenntnissen, daß Aktien und Obligationen keine Umlaufsmittel, sondern Anteilrechte und Schuldverpflichtungen sind. Wer da einwenden will, sie könnten immerhin Gelddienste versehen, der möge sich auf dem schweizerischen Finanzdepartement erkundigen. Er wird dann erfahren, daß nicht einmal die Steuern und Zölle in eidgehörigen Anleihenstiteln, von Aktien gar nicht zu sprechen, entrichtet werden können. Ist er noch nicht überzeugt von der Schiefheit seiner Anschauung, dann möge er sich in die Krisis von 1914 zurückversetzen, wo alle Aktien und Obligationen unverkäuflich waren und nur Münzen und Banknoten als bares Geld betrachtet wurden. Die Wertpapiere sind eine Ware wie alle anderen und werden mit Hilfe des Geldes umgesezt und in Geld bewertet. Das Geld und nicht die Wertpapiere treten den Waren im Kaufprozess gegenüber. Wir bedauern, über Dinge reden zu müssen, die jedermann, mit Ausnahme jenes Herrn auf der Nationalbank, klar sind.

Diese harmlose Theorie beginnt erst dann ihren wahren Charakter zu enthüllen, wenn man sie sich als Grundlage des Handelns vorstellt. Glaubt man denn wirklich im Ernst, es laufe auf dasselbe hinaus, ob wir in der Schweiz zu den in Umlauf gesetzten Banknoten und Darlehensfahrscheinen im Betrage von heute fast 700 Millionen Franken hinzu noch weitere 700 Millionen Franken in Noten emittiert hätten? Statt dessen hat der Bund — zu unserem großen Glück — für etwas mehr als 700 Millionen Franken Mobilisationsanleihen auf dem Kapitalmarkt untergebracht. Oder wäre die Teuerung in Deutschland um keinen Grad fühlbarer, wenn der Geldumlauf statt rund M. 19 Milliarden M. 106 Milliarden betragen würde? (Bisher wurden acht Kriegsanleihen in der Höhe von M. 87 Milliarden emittiert.) Oder hätte England mit denselben Preissteigerungen zu

rechnen, wenn neben den Fr. 7½ Milliarden umlaufender Noten (der Bank von England und Currency Notes) noch volle Fr. 130 Milliarden (Betrag der seit dem Kriegsausbruch neu aufgenommenen Staatsschulden) ebenfalls in Papiergeld in den Verkehr gebracht worden wären?

Aber schon vernehme ich den Einwand: „Es ist das Wirtschaftsleben selbst, das selbstständig bestimmt, welche Formen hervorzutreten haben, solange geordnete Verhältnisse und Vertrauen herrschen (Gegenbeispiel: Rußland), und es ist auch das Wirtschaftsleben selbst, das den Ausschlag gibt, wieviel der Werte in der gelösten Form, in Noten, schwimmend bleiben sollen.“

Vergessen sind die Erfahrungen der Geschichte, der Law'sche Banknotenschwindel, die Papiergeldwirtschaft in Frankreich, England, Rußland, Oesterreich, Argentinien usw., vergessen die Tatsache, daß die Notenbanken von Anfang an bis auf den heutigen Tag einen ständigen Kampf gegen die Uebermacht der Finanzverwaltungen zu bestehen hatten, vergessen der uralte, tausendfach bestätigte Grundsatz, daß der Staat erst dann zur Notenpresse greifen dürfe, wenn er keine Steuern mehr erheben oder keine Anleihen mehr aufnehmen könne. Es scheint ein tragisches Geschick über der Menschheit zu walten, daß sie immer wieder von neuem die gleichen schlichten Erfahrungen machen muß — und will.

Es ist leider nicht wahr, daß das Wirtschaftsleben automatisch bestimme, wieviel Papiergeld umlaufe. Die Finanzminister haben vielmehr — russische Verhältnisse ausgenommen — die Wahl, ob sie lieber Anleihen aufnehmen oder Noten emittieren wollen. Um ein Anleihen auf dem offenen Kapitalmarkt unterzubringen, braucht es langwieriger Unterhandlungen mit den Banken über die Höhe des Zinsfußes und den Uebernahme- und Begebungskurs. Zins und Kurs richten sich nach den tatsächlichen Marktverhältnissen. Die sonst so mächtigen Finanzminister sind den Banken gegenüber die Witenden, genau wie den Parlamenten gegenüber, wenn es um den Erlaß eines neuen Steuergesetzes geht. In dieser Rolle gefallen sie sich selbstredend nicht. Sie klopfen daher mit Vorliebe bei den halbamtlichen Notenbanken an und begehren die Diskontierung von Schatzanweisungen zum offiziellen Diskontsatz. Würde beispielsweise der Bund seine Restriktionen auf dem offenen Geldmarkt anbieten, ohne sich der Nationalbank als Garant zu bedienen, so müßte er die demütigende Erfahrung machen, daß sie ihm nicht zum Privatliskontsatz, auch nicht zum offiziellen Satze der Nationalbank, sondern zum jetzigen tatsächlichen Zinsfuß der Mobilisationsanleihen, also nicht unter fünf Prozent, eher etwas darüber, abgenommen würden. Denn die Banken wissen genau, daß die Restriktionen bei Verfall stets wieder erneuert werden und insolge dessen keine kurzfristige, sondern eine langfristige Kapitalanlage darstellen. Hingegen erhält der Bund das Geld zum Vorzugsfuß von 4½ Prozent bei der Nationalbank. Will irgend ein Unternehmer langfristiges Kapital aufnehmen, so muß er auf dem Kapitalmarkt Obligationen unterbringen. Der Unternehmer „Bund“ genießt das Privilegium, von der Notenbank viel billigeres Geld ohne langes Bitten und Flehen zu bekommen. Eine wirklich gesunde Finanzpolitik würde nun die der Nationalbank entzogenen Gelder von Zeit zu Zeit konsolidieren, durch eine Anleihe ablösen, wodurch der Notenumlauf auf ein erträgliches Maß zurückginge. Das geschieht aber nicht, der Notenumlauf schwimmt im Gegenteil immer weiter an. Mit dem neuen Gelde verzinst der Bund seine Schulden und bezahlt seine Angestellten, besoldet die Soldaten und Offiziere, entrichtet Subventionen, kauft das Inlandgetreide an usw. Die Gläubiger, Lieferanten und Beamten achten nicht darauf, ob die Noten dem Umlauf entnommen sind oder gerade aus der Presse kommen. Die Noten wandern dann weiter durch die Volkswirtschaft. Kehren sie schließlich wieder zur Ausgabe stelle zurück, so haben sie sich nicht im Kreise bewegt, sondern auf einer nach oben strebenden Spirale: inzwischen hat sich nämlich der Notenumlauf bereits wieder vergrößert. Statt die überschüssigen Noten zurückzuhalten, gibt sie die Nationalbank dem Bund von neuem weiter. Der Finanzverwaltung erwächst aus dieser Sachlage der Vorteil, daß sie für ein paar hundert Millionen Franken nur 4½ statt 5 Prozent Zins bezahlen muß. Diesem verhältnismäßig geringen Vorteil steht der ungeheure Nachteil gegenüber, daß die allgemeine Preissteigerung verschärft wird und die große Masse des Volkes, die ihr Einkommen nur sehr langsam den veränderten Verhältnissen anpassen kann, immer unzufriedener wird. Sätte man nicht einen großen Teil unjener

Bevölkerung durch die künstlich (wenn auch unabsichtlich) verschärfte Teuerung lospfeifen gemacht, so ließen sich unsere Finanzen viel leichter sanieren und der Kredit des Bundes stünde höher. Wir wiederholen: Die Notenpresse darf nur äußerstenfalls im Dienste des Staates in Bewegung gesetzt werden.

Obgleich die „N. Z. Z.“ unsere Artikel nicht mit übermäßiger Höflichkeit behandelt hat, freuen wir uns der Sache zuliebe doch, daß auch sie im Grunde genommen unserer Anschauung ist, wonach sich die Geldmenge in der notwendigen Begrenzung halten müsse. K.